Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 5gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 461. Halle, Donnerstag, den 2. Oktober. 1919.

Grubenarbeiterstreik in Lothringen.

Straßburg, 1. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Fast alle Grubenarbeiter des Eisenerzbaues in Lothringen sind in den Ausstand getreten. Man erwartet den Sympathiestreik der Metallarbeiter. Bisher sind in Lothringen insgesamt 15 000 Arbeiter ausständig.

Bisher 130000 Gefangene heimgekehrt.

WTB. Berlin, 1. Oktober. (Drahtnachricht.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß in den Tagen vom 24. bis 30. September im ganzen 82 423 Heimkehrer in den Durchgangslagern eingetroffen sind. Zu den Transporten aus englischer Hand sind seit dem 17. September Transporte aus amerikanischer Hand dazu gekommen. Die Gesamtzahl der von seiten der Entente seit der Note der Alliierten am 29. August zurückgegebenen Gefangenen beläuft sich auf rund 130 000 Mann.

Bedeutende Einkäufe von Reis und Hülsenfrüchten.

WTB. München, 1. Oktober. (Drahtnachricht.) Die Regierung hat am Montag einen 50-Millionen-Kredit beantragt, um beträchtliche Mengen von Waren, hauptsächlich Reis und Hülsenfrüchte, an den westdeutschen und bayerischen Grenzen einzukaufen.

Der Wiedereintritt in die Regierung.

WTB. Berlin, 1. Oktober. Wie das „Berl. Tagebl." meldet, kann der Eintritt der Demokraten in die Regierung als sicher bezeichnet werden. In der heutigen Fraktionssitzung der Demokraten wurde der Eintritt grundsätzlich beschlossen. Ihre Forderungen wurden in allen wesentlichen Punkten bewilligt. Insbesondere ist man ihnen in der Frage des Betriebsrätegesetzes entgegengekommen. Es wurde ein für die Demokraten annehmbares Kompromiß geschlossen. Die Demokraten werden, wie feststeht, im Kabinett drei Sitze einnehmen. Als sicher gilt, daß sie aus ihren Reihen das Reichsministerium des Innern und das Justizministerium besetzen werden.

Auslandsfahrt eines deutschen Luftschiffes.

WTB. Berlin, 1. Oktober. Der „Voss. Ztg." zufolge wird am 7. und 8. Oktober das deutsche Luftschiff „Bodensee" die erste Auslandsfahrt antreten, und zwar von Berlin nach Stockholm und zurück. Die Reisedauer zwischen Berlin und Stockholm beträgt rund 7 bis 8 Stunden. Damit würde dann eine direkte Verbindung zwischen Stockholm und der Schweiz über Berlin-Bodensee in knapp 12 bis 13 Stunden geschaffen sein.

Amerikanische Kriegsschiffe an der adriatischen Küste.

WTB. Versailles, 1. Oktober. (Drahtnachricht.) „Chicago Tribune" meldet, daß das amerikanische Kriegsschiff „Olympia" und eine Zerstörerflottille an der adriatischen Küste kreuze, um jeden Landungsversuch zu verhindern. D'Annunzio habe nach dem Abrücken der englischen Truppen deren Nahrungsmittelvorräte beschlagnahmt. Auch habe er von der Filiale der Oesterreichisch-ungarischen Bank Besitz ergriffen.

Rechtsberaubung in Elsaß-Lothringen.

Straßburg, 1. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der Generalkommissar für Elsaß-Lothringen Millerand hat einen Erlaß herausgegeben über Neuorganisation der Schwurgerichte. Dieser Erlaß enthält die Bestimmung, daß nur Franzosen oder französisch sprechende Elsaß-Lothringer das Amt eines Geschworenen in Elsaß-Lothringen ausüben dürfen. Damit sind 75 Prozent der einheimischen Bürgerschaft mit einem Federstrich eines ihrer wichtigsten bürgerlichen Rechte beraubt worden.

Auf eine Mine gelaufen.

WTB. Versailles, 1. Oktober. (Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des „Figaro" aus Reval ist ein von Bordeaux nach Estland bestimmter Nahrungsmitteldampfer bei der Insel Dagö auf eine Mine gelaufen. Es handelt sich um einen Schaden von mehreren Millionen Dollar.

Der Fischerstreik in Hamburg.

WTB. Hamburg, 1. Oktober. Der Streik der Fischdampferbesatzungen scheint an einem Wendepunkte angekommen zu sein. Am Hamburger und Altonaer Fischmarkt stehen große Scharen Arbeitswilliger, die auf den Beschluß warten, der in einer heute stattfindenden Versammlung des Seemannsbundes gefaßt wird. Die vereinigten Fischdampferreeder erklärten in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung, nur mit den im Transportarbeiterverband organisierten Seeleuten verhandeln zu wollen. Die Altonaer Fischmarkthalle ist heute morgen mit einer aus 60 Mann bestehenden Abteilung Reichswehrtruppen belegt worden, die die Heuerstellen und auch den Hamburger Fischmarkt in ihren Schutz nehmen soll. Seit Dienstag abend sind vier Handelsdampfer abgegangen.

Weitere Verschärfung der Lage in England?

WTB. Amsterdam, 1. Oktober. (Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet aus London, daß einem von Downing Street ausgegebenen amtlichen Bericht zufolge Besserungen im Eisenbahndienst erzielt worden seien. Einige kleine Sabotagefälle seien gemeldet worden. In einer um 5 Uhr nachmittags von Downing Street ausgegebenen Bekanntmachung fordert die britische Regierung die Bevölkerung auf, die größte Sparsamkeit im Verbrauch aller Lebensmittel, insbesondere Milch, zu üben und den Petroleum- und Kohlenverbrauch im Interesse der Gesamtheit aufs äußerste einzuschränken. „Nieuws van den Dag" meldet aus London über den Eisenbahnerstreik, daß die Lage sich ständig bessere. Trotzdem sei es möglich, daß die Omnibus- Straßenbahn- und Autodroschkenführer in den Ausstand treten würden.

Ausschreitungen in Glasgow.

WTB. Amsterdam, 1. Oktober. Der „Telegraaf" meldet aus London vom 29. September: Anläßlich des Eisenbahnerstreiks ist in Glasgow versucht worden, ein Gütermagazin und einen Bahnhof zu plündern. Die Polizei vertrieb die Plünderer. Zwischen Birmingham und Hampton bei London wird ein regelmäßiger Luftdienst mit Flugzeugen, die je vier Passagiere aufnehmen können, unterhalten. Auf Züge der nordbritischen Kompagnie wurden Anschläge verübt.

Die Okkupationskosten.

WTB. Versailles, 1. Oktober. Der Fünferrat beschäftigte sich gestern vormittag unter Vorsitz Clemenceaus mit der Frage der Regelung der Okkupationskosten der von den alliierten Armeen besetzten deutschen Gebiete. Dem „Temps" zufolge sollen die Kosten möglichst reduziert werden, ohne allrdings die militärischen Kräfte über Gebühr zu vermindern. Es sei aber die Frage aufgeworfen worden, ob die Priorität für die Okkupationskosten in vollem Umfange aufrechterhalten werden könne.

Der Fünferrat beschäftigte sich gestern mit der Frage des Zwischenfalls von Smyrna und beschloß, da die griechische Regierung in der Untersuchungskommission nicht vertreten ist, der griechischen Friedensdelegation die Protokolle der Verhandlungen der Untersuchungskommission zu übermitteln.

Erfolge türkischer „Rebellen".

WTB. Lissabon, 1. Oktober. Ein hiesiges Pressebureau meldet aus London: Mustapha Kemal Pascha hat Higde Eregli besetzt. 10 000 von seinen Truppen sind einmarschiert und haben die Ortsbehörden gefangen genommen und nach Siwas gebracht.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 1. Oktober. Am Ministertische: Dr. Südekum. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Min. Die Denkschrift über die Gewährung einer

neuen einmaligen Teuerungszulage

an unmittelbare Staatsbeamte, Lehrer usw. in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über die Bereitstellung der erforderlichen Mittel und den dazu gestellten Anträgen geht zur Vorberatung an den Haushaltsausschuß.

Auf eine förmliche Anfrage der Sozialdemokraten über die Kohlennot

im Leinengewerbe erwidert

ein Regierungsvertreter, die Regierung werde alles versuchen, um dem Leinengewerbe zu Hilfe zu kommen.

Nach kurzer Aussprache wird die

zweite Haushaltsbesprechungsaussprache

beim Finanzministerium fortgesetzt.

Abg. Cunow (Soz.) geht auf die bevorstehende Reichsfinanzreform ein. Der Reichsbedarf wird jährlich etwa 17½ Milliarden erfordern, wozu noch jährlich 8—10 Milliarden Abgaben an die Entente kommen. Die Vermögensabgabe des Erzbergerschen Planes geht noch nicht weit genug. Sie muß so ausgebaut werden, daß sie zur wirksamen Vorbereitung der Sozialisierung wird. Durch den Uebergang der Steuerhoheit auf das Reich wird die Steuererhebung wesentlich verbilligt.

Abg. Dr. Schmedding (Ztr.) empfiehlt nach dem Muster der Kriegsanleihe-Aktiengesellschaft auch in Preußen eine Aktiengesellschaft zur Stütze der Landesanleihen zu errichten.

Abg. Höfler (Dem.): Was die Beamten von den Unabhängigen zu erwarten haben, hat die Rede des Abgeordneten Leid gezeigt, der sich

offen gegen die lebenslängliche Anstellung

ausgesprochen hat. Die Rechte sollte sich bewußt werden, daß es einen Treueid der Beamten unter Vorbehalt nicht gibt. Wir erwarten, daß die Regierung uns endlich den Entwurf eines Beamtenrechts vorlegt.

Abg. Mauer-Oersard (D. Vp.) tritt für die Besserstellung der Beamten, ferner auch für die Abkürzung der Supernumerarzeit ein; ferner für die Kriegsteilnehmer und für die Erleichterung der Sekretärprüfung. Die Teuerungszulagen werden mehr oder weniger pensionspflichtig sein müssen.

Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung. Beratung von Verordnungen.

Neuregelung des Verdingungswesens.

Die Deutsche demokratische Partei im Bezirksverband Oldenburg hat in einer Eingabe das oldenburgische Staatsministerium gebeten, eine Regelung des Verdingungswesens bei der Vergebung staatlicher Arbeiten für die Zukunft nach folgenden Gesichtspunkten in die Wege zu leiten und die Kommunalbehörden zu ersuchen, dieses Verfahren entsprechend bei Vergebung kommunaler Arbeiten anzuwenden. Zur Begründung des Vorschlages wird folgendes angeführt:

Das Submissionswesen bedeutet in seiner Praxis eine Spekulation auf den niedrigsten Preis. Mit der Verdeutschung des Fremdwortes in „Verdingungswesen" ist der Begriff der Spekulation fallen gelassen worden, die Praxis hat die Spekulation beibehalten. Der Begriff „Verdingung" setzt einen gleichwertigen Vertrag, der auf Treu und Glauben gestellt ist, voraus. Die Spekulation auf den niedrigsten Preis dagegen ist dazu angetan, den Begriff von Treu und Glauben in sein Gegenteil zu verkehren. Eine Spekulation ist jeder öffentlichen Körperschaft unwürdig. Das oberste Gebot der Demokratie, die Gerechtigkeit, muß auch bei dem Verdingungswesen zur vollen Geltung kommen. Wenn auch anerkannt werden muß, daß das Handwerk in weiten Kreisen noch nicht so weit geschult ist, daß es den Aufgaben der kaufmännischen Kalkulation voll gerechnet wird, so dürfen andererseits Staat und Gemeinde aus diesem Mangel an Bildung, der der mangelhaften Organisation des Schulwesens zum Teil zuzuschreiben ist, keinen Nutzen ziehen. Staat und Gemeinde haben die Aufgabe, diesen Bildungsmangel auszugleichen, dürfen nicht im Sinne der Privatwirtschaft reine Wirtschaftsinteressen bei Vergebung von Arbeiten ausschlaggebend sein lassen. Der schwerringende Mittelstand wird in Zukunft bei der schwieriger Lage des Wirtschaftsmarktes fast nur auf die von Staat und Gemeinde gebotene Arbeitsgelegenheit angewiesen sein. Es muß also der Staat darauf bedacht sein, die Vergebung von öffentlichen Arbeiten so zu regeln, daß der Mittelstand erhalten bleibt und ihm gleichzeitig der Anreiz zur weiteren Fachausbildung gegeben wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird daher folgendes Verfahren bei Vergebung öffentlicher Arbeiten in Vorschlag gebracht:

„Oeffentliche Ausschreibungen von Handwerksarbeiten haben bis auf weiteres zu unterbleiben. Die ausschreibende Stelle übergibt einer antlichen Verdingungsstelle, die an die Handwerkskammer anzugliedern ist, die Grundlagen der Ausschreibung zur Begutachtung über die Art der Ausschreibung und eventuell Verteilung von Losen. Die Verdingungsstelle läßt durch vereidigte Sachverständige, die von der Bewerbung um die ausgeschriebene Arbeit auszuschließen sind, die Preise festlegen, für welche die Arbeit nach der heutigen Marktlage ausgeführt werden kann. Die ausschreibende Stelle ihrerseits berechnet gleichfalls die Preise. Entstehen bei der Festsetzung von Preisen durch die Verdingungsstelle und die vergebende Behörde starke Preisunterschiede, so sind diese in gemeinschaftlicher Beratung aufzuklären. Die Vergebung der Arbeiten geschieht alsdann freihändig auf Vorschlag der Handwerkskammer, die anzuhalten ist, Kriegsbeschädigte und Kriegsgeschädigte in erster Linie zu berücksichtigen. Die Vergebung an Generalunternehmer ist zu vermeiden; vielmehr sind die Arbeiten in Lose entsprechend den einzelnen Wirtschaftsgruppen einzuteilen. Wenn irgend möglich, sind an den Arbeiten mehrere Handwerksmeister zu beteiligen, die auf Grund der Bestimmungen des B. G. B. § 641 ff. sich in einem Werkvertrag gegenseitig verpflichten. Die Verdingungsstelle ist anzuhalten, eine Liste derjenigen Handwerksmeister zu führen, die an derartigen Arbeiten beteiligt zu sein wünschen. Sie muß bei Empfehlungen zu berücksichtigender Handwerksmeister nach bestem Wissen und Gewissen urteilen, insbesondere darf sie, falls an Handwerksmeister von der vergebenden Behörde Vorschläge geleistet werden, von der Haftung nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein. Handwerksmeister, die Innungen und Genossenschaften angehören, sind zu bevorzugen. Die Bildung von Genossenschaften ist zu fördern."

Für die Regelung der Vergebung öffentlicher Arbeiten seitens der Gemeinden wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

Bei Vergebung von Instandsetzungsarbeiten sind grundsätzlich nur ortsansässige Handwerksmeister heranzuziehen; soweit ihre Leistungsfähigkeit feststeht, sind sie nach einer bestimmten Ordnung mit der betreffenden Arbeiten zu betrauen. Handelt es sich um Arbeiten, die nach ihrem Umfang einer Mehrzahl von Handwerkern Verdienstmöglichkeit bieten, so sind Gelegenheitsgesellschaften nach dem B.G.B. zu bilden. Handelt es sich um neue Arbeiten, so muß die vergebende Behörde mit der entsprechenden Berufsorganisation in Verbindung treten, falls sie nicht die Vermittlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191002016/fragment/page=0001

der Handwerkskammer in Anspruch nimmt, und diejenigen Handwerksmeister, die sich um die Arbeit bewerben, zu gemeinsamer Kalkulation veranlassen. Bilden sich unter den Bewerbern Werkgemeinschaften, so sind diese bei der Vergebung zu bevorzugen. Die in gemeinsamer Beratung festgesetzten Preise sind der vergebenden Behörde mitzuteilen. Stellen sich größere Preisunterschiede heraus, so treten vergebende Behörden und Bewerber in gemeinsame Verhandlung. Die Vergebung findet freihändig statt. Die Berufsorganisation ist verpflichtet, die Ausführung der Arbeiten zu überwachen. Die Innehaltung der Preise und Leistungen ist durch Konventionalstrafen zu sichern. Die vergebenden Behörden sind anzuhalten, durch ihre technischen Beamten vor der Vergebung vor Arbeiten Besprechungen mit den interessierten Fachkreisen über die Vergebung ohne Verbindlichkeiten abzuhalten. Die Gemeinden, die keine Bauämter mit fachmännischer Leitung unterhalten können, sind gegen minderwertige Arbeiten dadurch zu schützen, daß sie die Verdingungsstelle um gutachtliche Aeußerung und als Schiedsgericht anrufen können. Die Verdingungsstelle ist bei der Vergebung von Arbeiten vor beiden Parteien als Schiedsgericht schriftlich anzuerkennen.

Abgabenfreiheit vom Reichsnotopfer.

Im 10. Ausschuß der Nationalversammlung, der den Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer zu beraten hat, wurde vom demokratischen Abg. Hartmann die Frage aufgeworfen, ob Kranken- und Sterbekassen, die als Zuschußkassen gelten, also keine Volkskassen sind, die aber die Bezeichnung Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit tragen, abgabenfrei seien. Unterstaatssekretär Moesle gab die Erklärung ab, daß Kranken- und Sterbekassen nicht abgabepflichtig seien, auch wenn sie als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit zu betrachten sind. Eine weitere Frage ergab sich aus der Bestimmung des § 5 des Gesetzentwurfs, wonach Handwerkskammern, Handelskammern, Landwirtschaftskammern und ähnliche öffentlich-rechtliche Einrichtungen abgabefrei sind, ob diese Abgabefreiheit sich auch auf die wirtschaftlichen Berufsvereinigungen erstrecken soll, die auf keinen wirtschaftlichen Betrieb eingerichtet sind. Der Abg. Hartmann stellte einen dahingehenden Antrag, der vom Ausschuß angenommen wurde und wonach in dem Gesetz ausdrücklich festgelegt wird, daß derartige wirtschaftliche Berufsvereinigungen nicht abgabepflichtig sind. Demnach sind also Gewerkschaften und Gewerkvereine, sowie auch Arbeitgeberverbände und sonstige Interessenvertretungen, die als wirtschaftliche Berufsvereinigungen anzusprechen sind, von der Abgabe des Reichsnotopfers befreit.

Sozialdemokraten als Freunde der Beamten und Handwerker.

Das Organ der Mehrheitssozialisten in Hannover, „Der Volkswille", schreibt in seiner Nr. 228 vom 28. September in einer Polemik gegen den deutschnationalen Handwerkskammersekretär Dr. Wienbeck:

„Daß mancher Arbeiter heute besser daran ist, als mancher Beamte und Handwerksmeister, ist eine Tatsache. Aber von Arbeitern als Kapitalisten zu reden, ist in der einen wie der anderen Lesart, gelinde ausgedrückt, eine unglaubliche Torheit. Uebrigens, was hindert den Beamten und Handwerksmeister daran, ihre Beamten- bzw. Handwerksmeisterstellung aufzugeben und Arbeiter zu werden. Arbeit schändet doch nicht, im Gegenteil, sie ehrt. Und ein verständiger Mensch greift zu der Beschäftigung, die ihn am besten nährt."

Dr. Wienbeck hat nach seinen eigenen Angaben in einer Versammlung gesagt: „Heute ist der Arbeiter oft ein größerer Kapitalist als der Beamte und Handwerksmeister." Gewiß ist es eine Torheit, von Arbeitern, Beamten und Handwerkern als „Kapitalisten" zu sprechen, aber ebenso töricht ist es, von Beamten und Handwerksmeistern einen Berufswechsel zu fordern, wenn sie eine angemessene Bezahlung ihrer Leistungen verlangen. Aus den Zeilen spricht, vielleicht unbeabsichtigt, die beamten- und handwerkerfeindliche Stimmung, wie sie uns so oft in der Sozialdemokratie entgegentritt und die als ein Produkt des einseitigen Klassenkampfgedankens anzusprechen ist.

Die Unabhängigen sind keine Demokraten

Die Unabhängigen Sozialdemokraten sind keine Demokraten! Diese Feststellung macht der unabhängige Reichstagsabg. Dr. Kurt Geyer am 26. September in der „Leipziger Volkszeitung". Er fragt nämlich dort in einem Artikel über die Situation in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei unter Hervorhebung der Gegensätze gegenüber der alten sozialdemokratischen Partei:

„Wie will man sich mit der grundsätzlichen Differenz zwischen beiden Parteien — Demokratie dort und Diktatur hier — abfinden?"

Ganz offen sagt Dr. Geyer: „Die Rechtssozialisten bekennen sich zur Demokratie, das Aktionsprogramm der U. S. P. zur Diktatur des Proletariats." — Das ist allerdings ein unüberbrückbarer Gegensatz. Die Unabhängigen vertreten eine Klassenherrschaft, während die Demokratie jede Vorherrschaft irgendeiner Klasse verwirft.

Ferner schreibt Geyer unter Angriffen gegen den zum rechten Flügel der Unabhängigen gehörenden Karl Kautsky:

„Da er (Kautsky) sich zur Demokratie bekennt, trennt ihn von der rechtssozialistischen Partei gar nichts."

Gleichzeitig gibt Geyer zu, daß bei den Unabhängigen eine bolschewistische Tendenz herrscht, denn er sagt:

„War es wirklich nur die bolschewistische Tendenz in unserer Partei, die die Einigkeit störte?"

Für Dr. Geyer sind die Führer der alten Sozialdemokratie überhaupt nicht verhandlungsfähig. Gegenüber Kautsky, dem er vorwirft, daß für diesen die alte sozialdemokratische Partei verhandlungsfähig ist, sagt Dr. Geyer:

„Für ihn ist die Demokratie der einzige Weg zum Sozialismus, die Diktatur führt, wie er meint, nur zur Niederlage und ins Verderben. Deshalb sind die, die auf dem Boden der Demokratie stehen, ihm natürlich Bundesgenossen, die Anhänger der Diktatur zu bekämpfende Gegner."

Angesichts solcher Ansichten kann es nicht überraschen, daß Dr. Geyer auch behauptet:

„Die rechtssozialistischen Führer, mit denen sich ein Anhänger unserer Partei an einen Tisch setzen könnte, sind denn doch wirklich spärlich gesät."

Diese Auseinandersetzung zwischen zwei Führern der Unabhängigen, Geyer und Kautsky, läßt von neuem erkennen, wie tief die Gegensätze selbst innerhalb der unabhängigen Sozialdemokratie sind und daß es schwer verständlich ist, wie Leute wie Kautsky und Geyer innerhalb derselben Partei zusammen arbeiten wollen.

Der Berliner Metallarbeiterstreik an einem Wendepunkt?

Am heutigen Donnerstag finden in Berlin 30 Versammlungen von Metallarbeitern statt. — Ueberglitten der Streikbewegung in kommunistisches Fahrwasser? — Vorsichtsmaßnahmen der Regierung.

Bevorstehende Massenversammlungen Berliner Metallarbeiter.

WTB. Berlin, 1. Okt. Zu Donnerstag, den 2. Oktober vormittags 10 Uhr sind vom Deutschen Metallarbeiterverband 30 Versammlungen einberufen, zu denen die gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter Groß-Berlins eingeladen worden sind. Die Teilnahme an diesen Versammlungen würde in dem geplanten Umfange den Generalstreik bedeuten. Eine solche Absicht spielt auch, wie aus der Tonart des Werbeartikels der „Freiheit" für diese Versammlungen unschwer herauszulesen ist, zum mindesten bei den unabhängigen und kommunistischen Mitveranstaltern der Versammlungen eine Rolle. Es liegt überdies nahe, die 30 kommunistischen Versammlungen, die am Dienstag abend unangemeldet stattfinden sollten, mit den vom Metallarbeiterverband einberufenen Versammlungen in Verbindung zu bringen, zumal festzustellen ist, daß sehr starke Kräfte am Werke sind, um die Lohnbewegung der Metallarbeiter in das politische Fahrwasser zu steuern. Ein politischer Generalstreik aber, der zugleich von der kommunistischen Partei (Spartakusbund) zur Vorbereitung ihrer gewaltsamen Umsturzbewegung ausgenutzt werden würde, brächte mit der Gefahr neuer Bürgerkämpfe und der Stockung der Lebensmittelversorgung der Städte dem deutschen Wirtschaftsleben und damit der gesamten Bevölkerung die tiefgehendsten Schädigungen und zöge unabsehbare Folgen nach sich. Vor einem Mißbrauch der gewerkschaftlichen Freiheit muß daher dringend gewarnt und an das Verantwortlichkeitsgefühl der beteiligten Arbeiterkreise appelliert werden. Daß dieser gewaltsame Uebergriff und jede Störung der öffentlichen Ordnung im Interesse der friedlichen Mehrheit des Volkes mit allem Nachdruck verhindert werden muß, wird von allen einsichtsvollen Elementen in den Arbeiterkreisen vollauf verstanden werden.

•

Bisher keine weitere Ausdehnung des Berliner Streiks.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der Verband der Metallindustriellen mitteilt, hat der Streik der Metallarbeiter heute keine größere Ausdehnung erfahren. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Reichsarbeitsminister Schlicke zu heute nachmittag um 5½ Uhr die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sich geladen hatte. Es handelt sich bei der Konferenz nur um Besprechungen, in denen über die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Parteien beraten wird.

•

Ein entscheidungsvoller Tag.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Es wird erwartet, daß am morgigen Donnerstag eine beträchtliche Verschärfung der Streikbewegung eintritt. Falls die von der 15er-Kommission an die gesamte Arbeiterschaft Groß-Berlins ergangene Aufforderung, an den morgen vormittag stattfindenden 30 Versammlungen teilzunehmen, befolgt wird, muß man aber auch mit einem völligen Stillstand der Arbeit am morgigen Tage rechnen. Die Stellungnahme der Groß-Berliner Arbeiterschaft zur Streikbewegung ist noch nicht genau erkennbar. Die Stimmung in der Arbeiterschaft ist sehr geteilt. Es ist zur Stunde noch die Frage, ob die Versammlungsparole morgen überall befolgt wird. Bei den Städtischen Elektrizitätswerken besteht allerdings die Gefahr, daß sich ihre Arbeiter der Bewegung anschließen werden, wenn bis von der 15er-Kommission verlangt wird. Dies würde natürlich einer völligen Unterbindung der Licht- und Stromversorgung gleichkommen. An amtlicher Stelle steht man auf dem Standpunkt, daß man erst den Verlauf des morgigen Tages abwarten muß, um zu erkennen, wie weit die Mühlarbeit der Radikalen von Erfolg war. Die amtlichen Stellen sind der Ansicht, daß die 30 kommunistischen Versammlungen, die gestern abend in Berlin aufgelöst wurden, im Zusammenhang mit dem vom Metallarbeiterverband zu morgen einberufenen Versammlungen zu bringen seien. Es ist zweifellos, daß sehr starke Kräfte am Werke sind, um die Lohnbewegung der Metallarbeiter in das politische Fahrwasser zu steuern. Ein politischer Generalstreik würde nach Ansicht der zuständigen Stellen von der kommunistischen Partei zur Vorbereitung ihrer gewaltsamen Umsturzbewegung von Nutzen sein. Es sind vor allem die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, um jedem Agitationsversuch mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Ueber die Streikbewegung wird noch weiter gemeldet: An militärischer Stelle glaubt man, daß der größte Teil der Industriearbeiter dem Versuch von kommunistischer und unabhängiger Seite, sie in einen politischen Streik hineinzuziehen, Widerstand leisten wird. Den militärischen Stellen ist es nicht bekannt, wieweit die Agitation der Kommunisten und Unabhängigen unter den Arbeitern Groß Berlins für einen Generalstreik gediehen ist. Doch liegen noch keine bestimmten Anzeichen dafür vor, daß eine Umsturzbewegung in naher Zeit zu erwarten ist. Von einer amtlichen Stelle, die über die Arbeiterbewegung genau orientiert ist, wird mitgeteilt: Zweifellos besteht ein Zusammenhang zwischen den gestern aufgelösten kommunistischen Versammlungen und den Versammlungen, die der Metallarbeiterverband für morgen einberufen hat. Die Regierung hat unter Berücksichtigung dieses Zusammenhanges die für morgen einberufenen Versammlungen verboten. Sie hat alle Maßnahmen getroffen, um diesem Verbot Geltung zu verschaffen. Eine gereizte Stimmung unter der Arbeiterschaft besteht nach den vorliegenden Anzeichen vorläufig nicht. Dies schließt jedoch nicht aus, daß es der kommunistischen Hetze gelingt, einen Teil der Arbeiter für ihre Zwecke zu gewinnen, doch muß betont werden, daß die Kommunisten nicht mehr die Ausreißkunst zeigen, die sie vor einigen Monaten noch bewiesen haben. Als Beweis dafür mag gelten, daß es der Sicherheitspolizei gelang, die gestrigen Versammlungen der Kommunisten aufzulösen, ohne daß es zu irgendwelchen Ruhestörungen gekommen ist. Ueber die Stimmung unter den Gewerkschaften ist die Regierung nicht genau informiert. Es läßt sich daher auch schlecht sagen, wie weit die Gewerkschaften für einen Generalstreik zu haben sind. Daß der Metallarbeiterverband den Streik immer mehr zu entfachen sucht, ist wohl darauf zurückzuführen, daß er das Gefühl habe, daß der von ihm unternommene Streik bald zusammenbreche. Es fehlen dem Metallarbeiterverband auch die nötigen Mittel, um den Streik restlos durchzuführen, da sein ursprünglicher Plan durch erzwungene Auschließung den Arbeitern die Gewerkschaftsunterstützung zu sichern, mißlang. Er sucht nun sein Ziel dadurch zu erreichen, daß er für einen Sympathiestreik anderer Fachgenossen eintritt, um dadurch dem eigenen Streik mehr Geltung zu verschaffen, andererseits die nötige finanzielle Unterstützung zu erhalten. Die Regierung kann nichts weiter tun, als die Ereignisse an sich herankommen lassen und dann erst die nötig erscheinenden Maßnahmen durchzuführen.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 1. Oktober. Am Ministertische: Dr. Bell. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten: Fortsetzung der

ersten Beratung des Amnestiegesetzes.

Abg. Dr. Graf zu Dohna (D. Vpt.): Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar. Die Geschädigten sind in der größten Notlage. Wir schlagen den Verfassungsausschuß zur Behandlung der Vorlage vor.

Abg. Cohn (U. S.): Ich halte es für richtig, wenn man das Reich haftbar macht, es aber ermächtigt, die Kosten aufzubringen durch Zuschläge zur Einkommensteuer der Höchstbesteuerten.

Der Gesetzentwurf wird einem Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung der Interpellation Dr. Heinze und Genossen betreffend

die deutsche Valuta.

Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.) begründet die Interpellation. Den letzten Stoß hat unsere Valuta durch die Politik des Reichsfinanzministers erlitten, der von der Möglichkeit eines Staatsbankrotts sprach, mit der Abstempelung der Noten drohte und so weiter. Wie ist es möglich, daß der Minister noch am Platze ist? (Lärm im Zentrum.) Der Wille zur Arbeit wächst. Die Regierung muß mit äußerster Schärfe für Ruhe und Ordnung sorgen, damit das Ausland zu uns Vertrauen gewinnt.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Der Vorredner hat kein Mittel genannt zur Hebung der Valuta, das wir nicht schon in Angriff genommen hätten. Die Erhöhung des Kurses nach dem Bekanntwerden der Rückgängigmachung des Notenumtausches war minimal. Gestern ist mit Holland ein Valutaabkommen abgeschlossen worden. Eine Arbeitslosenversicherung ist in der Ausarbeitung begriffen. Bis diese Gesetz wird, muß Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Die Valuta sank im August darum, weil viele Millionen Papiermark aus dem Osten in der Schweiz auf den Markt geworfen wurden. Wir müssen mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft sehr vorsichtig sein. Die Einfuhr von Tabak wird geregelt werden. Wir müssen uns mit den Nachbarländern auf Warenaustausch einstellen. Internationale Abmachungen sind nötig zur Sanierung des europäischen Geldwesens zwischen Europa einerseits und Amerika andererseits. Das deutsche Volk arbeitet zu billig für das Ausland.

Diese Unterbietung auf dem Weltmarkt muß aufhören. Eine Regulierung muß herbeigeführt werden teils durch Selbsthilfe, teils durch Regierungsmaßnahmen. Unsere Valuta kann nicht gesunden, wenn die Kapitalflucht so fortgeht. Es wird mit der größten Strenge dagegen vorgegangen werden.

Die Steuerreform muß schnellstens verabschiedet werden, damit auch das Ausland sich überzeugen kann, daß Ordnung in unserem Staate herrscht.

Die Arbeitslust steigt.

Wir dürfen hoffen, daß es dabei bleibt. Die Politik der Senkung der Lebensmittelpreise wird fortgesetzt werden (Beifall.)

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Die Zwangswirtschaft heute aufzuheben wäre ein Experiment der verhängnisvollsten Art.

Abg. Gothein (Dem.): Die Valuta kann nur gehoben werden durch Schaffung von Auslandsware, durch Arbeitswillen und geordnete Finanzwirtschaft.

Reichsfinanzminister Erzberger: Solange die Entente uns nicht Herr unserer Zollgrenzen im Westen werden läßt, solange kann unsere Wirtschaft nicht gesunden. Dabei hat die Entente keinen Vorteil von diesem Zustande.

Abg. Schicle (Dn.): Es ist eine ungeheuerliche Leichtfertigkeit, zu sagen, unsere Industrie werde sich nach dem Friedensschlusse schon sehr aus eigener Kraft erholen. Das ist nicht möglich, wenn die Sozialisierung droht.

Abg. Bolz (Ztr.): Die Regierung sieht wohl die Unhaltbarkeit unserer Zustände und sieht, was uns nottut. Aber ihr fehlt die Macht. Am Fallen der Valuta sind viel weniger politische als wirtschaftliche Umstände schuld. Beschränkung der Einfuhr. Steigerung der Ausfuhr und Steigerung des Kredites können uns allein helfen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Fortsetzung morgen 1 Uhr. Schluß gegen 6 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Alliierten und die Rheinlandfrage.

Rotterdam, 30. Sept. Die „Times" melden aus Paris, daß eine Erklärung der Alliierten in der Frage der besetzten Gebiete bevorstehe. Die Erklärung werde konform den Mitteilungen Clemenceaus in der französischen Kammer gehen, daß die Alliierten keine jetzige oder spätere Aenderung der staatsrechtlichen Zugehörigkeit der Rheinlande beabsichtigen.

Wo bleibt das Kriegerheimstättengesetz?

Der demokratische Abg. Nuschke hat im Reichstag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

Dr. Preuß hat als Reichskommissar der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 21. Juli erklärt:

„Der Entwurf eines Kriegerheimstättengesetzes ist im Reichsjustizministerium fertig und den Staatsministerien mit der Bitte um möglichste Beschleunigung der Rückäußerung über-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191002016/fragment/page=0002

geben worden. Sobald diese erfolgt, werden die weiteren Vorarbeiten sofort aufgenommen werden."

Sind diese Rückäußerungen erfolgt, und ist die Regierung eventuell bereit, auf beschleunigte Rückäußerungen zu drängen? Ist die Reichsregierung ferner bereit, in Erfüllung ihrer durch Dr. Preuß gemachten Zusage den Entwurf zum Heimstättengesetz der Nationalversammlung umgehend vorzulegen, sobald die Rückäußerungen der Staatsministerien vorliegen?

Einmalige Beschaffungsbeihilfe für Beamte und Lehrer.

In den Beamtenkreisen herrscht außerordentlich große Beunruhigung darüber, daß die preußische Landesversammlung die Vorlage über die Gewährung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe an die Beamten und Lehrer noch nicht verabschiedet hat und somit eine Auszahlung der Beträge nicht erfolgen kann. Die Notlage dieser Beamten ist zurzeit außerordentlich groß, weil Vorschüsse in Höhe von 500 Mk., die bereits gezahlt sind, jetzt bei der Gehaltszahlung am 1. Okt. abgezogen werden sollen. Die deutsche demokratische Fraktion wird mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln darauf hinwirken, daß die Verabschiedung umgehend erfolgt und die preußischen Beamten und Lehrer zu ihrem Recht kommen.

Ausland.

Negerfeindliche Ausschreitungen.

Haag, 1. Oktober. „Nieuwe Courant" meldet aus Omaha (Nebraska) vom 30. September: Hier kam es zu Ausschreitungen gegen die Negerbevölkerung. Ein Neger, der beschuldigt wurde, einen Anschlag auf ein weißes Mädchen verübt zu haben, wurde aus dem Gefängnis geholt, aufgehängt und mit Kugeln durchsiebt. Schließlich stellten 2000 Soldaten die Ordnung wieder her. Man befürchtet eine Wiederholung der Ausschreitungen.

Die Volksabstimmung in Luxemburg.

Amsterdam, 1. Oktbr. „Telegraaf" meldet aus Brüssel unter dem 30. September: Nach den bisher bekannten Ergebnissen der Volksabstimmung in Luxemburg wurden 17 720 Stimmen für die Großherzogin Charlotte und 5006 für die Republik, 16 730 für den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich und 5623 Stimmen für den wirtschaftlichen Anschluß an Belgien abgegeben.

Kabinettsneubildung in Serbien.

Belgrad, 1. Oktober. (Südslawisches Pressebureau.) Der ehemalige Ministerpräsident Protic ist mit der Neubildung des Kabinetts betraut worden.

Schwedisch-englische Zwistigkeiten.

WTB. Stockholm, 1. Oktober. Da die englische Regierung dem schwedischen Minister des Aeußern mitteilte, daß sie gegenwärtig keine Kohlen für die Schiffe zur Verfügung stellen könne, berief das Ministerium die schwedischen Reeder zu einer Konferenz zum 1. Oktober in Stockholm ein und erteilte ihnen den Rat, keine Schiffe mehr nach England abgehen zu lassen. Außerdem ist England nicht in der Lage, die erst kürzlich an Schweden versprochene Kohlenmenge zu liefern.

Achtstündige Arbeitszeit in Schweden.

WTB. Stockholm, 1. Oktober. Die Erste Kammer des schwedischen Reichstags hat gestern das Gesetz über die Einführung des achtstündigen Arbeitstages angenommen. Schon vorher hat die Zweite Kammer zugestimmt, so daß das Gesetz vom 1. Februar 1920 in Kraft tritt.

Halle und Umgegend.

Halle, den 2. Oktober 1919.

Die Verhandlungen über den Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ergebnislos.

Die zum 1. Oktober nach der Handelskammer in Halle einberufene Versammlung der Arbeitgeber, Gewerkschaftsvertreter und Belegschaftsmitglieder des Braunkohlenbergbaues, die zu dem Abschluß eines allgemeinen Tarifvertrages führen sollte, ist ergebnislos verlaufen. Außer den von den Organisationen geladenen Vertretern waren ohne Einladung Mitglieder des Bezirksbergarbeiterrates in Halle erschienen, die zwar ausdrücklich erklärten, eine Organisation nicht darzustellen, aber verlangten, als Mundanwalt der mitteldeutschen Belegschaften zu den Verhandlungen zugelassen zu werden.

Die Arbeitervertreter und die Gewerkschaftsführer konnten sich über die Frage der Zulassung nicht einigen, vielmehr gaben letztere die Erklärung ab, daß sie im Falle der Anerkennung des Bezirksbergarbeiterrates durch die Arbeitgeber nicht verhandeln könnten. Die Arbeitgeber wären also im Falle der Zulassung des Bezirksbergarbeiterrates ohne abschlußfähige Gegenpartei geblieben.

Sie erklärten daher, daß mit Vertretern, die, wie der Bezirksbergarbeiterrat, sich nicht auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft stellten, Tarifverhandlungen nicht gepflogen werden könnten, versicherten aber, nach wie vor bereit zu sein, mit bevollmächtigten Vertretern der Organisationen unter Zuziehung von Belegschaftsmitgliedern und in Erfüllung der in der Arbeitsgemeinschaft übernommenen Pflichten über einen gemeinsamen mitteldeutschen Tarifvertrag weiter zu verhandeln.

Freigabe des Gemüsekonservenhandels.

Die Ernährungslage hat einen weiteren Abbau der Zwangswirtschaftung durch die Freigabe des Handels mit Gemüsekonserven zugelassen. Die Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft hat daher den Absatz der Gemüsekonserven aus der Ernte 1919 zu Preisen, die noch veröffentlicht werden, freigegeben. Eine Beschränkung besteht nur noch insofern, als die Fabrikanten der Gemüsekonserven der Kriegsgesellschaft anzugeben haben, in welches Land, in Preußen in welche Provinz, die Konserven gesandt worden sind. Außerdem müssen sie auf Verlangen der Kriegsgesellschaft einen Teil der Fabrikation zurückhalten und nach Anweisung absetzen. Diese Beschränkungen sind notwendig, um eine einigermaßen gleichmäßige Verteilung der Konserven durch den Handel auf die verschiedenen Bedarfsgebiete zu gewährleisten und um, falls erforderlich, Notstandslieferungen vornehmen zu können.

Gute stenographische Leistungen werden gut bezahlt. Man schreibt uns: Täglich werden geübte Stenotypisten gesucht. Solche heranzubilden, überhaupt die Allgemeinbildung zu heben, ist das Ziel des Vereins von 1859. Die Wertschätzung, die sich die Gabelsbergersche Stenographie erfreut, kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß erst vor einigen Tagen die Regierung in Oesterreich für alle Schulen das System Gabelsberger nach den Beschlüssen von 1902 vorgeschrieben hat und daß die Regierung des Freistaates Sachsen die Gabelsbergersche Stenographie als wahlfreien Unterricht unter Ausschluß aller anderen Systeme einführte.

Die Rückwandererhilfe hat für die nächste Zeit mehrere große Veranstaltungen vorbereitet. Eine von diesen ist ein Vortrag, den der bekannte Kommandant des Handelsbootes U-Deutschland, Dr. med. h. c. Paul König, halten wird. Die Ortsgruppe Halle der Rückwandererhilfe hat eine eigene Geschäftsstelle Salzgrafenstraße 2 errichtet, die vorm. 10—12 Uhr geöffnet ist. Den Arbeitsnachweis für Rückwanderer hat das Städtische Arbeitsamt übernommen, das im gleichen Hause eine Rückwandererstelle eingerichtet hat.

Ein Junglehrerverband der Provinz Sachsen soll am 4. Oktober in Halle gegründet werden. Nach dem Programm bilden die Jugendlehrer Interessengemeinschaften innerhalb der bestehenden Lehrervereine und fordern deren Zusammenschluß zu einem geschlossenen Gesamtverband, in dem den einzelnen Interessengruppen durch Ur- und Verhältniswahl Sitz und Stimme gegeben wird. Der Ausbau des Junglehrerverbandes soll den der Lehrervereine entsprechen.

Einen Missionsvortrag über die Karmelmission in Palästina wird Missionar Sziel am Donnerstag, abend 8½ Uhr im Saale der christl. Gemeinschaft, Margaretenstraße 5, halten. Der Eintritt ist frei.

Grober Unfug. Gestern nachmittag füllte ein Schüler auf dem Hofe eines Grundstücks in der Kronprinzenstraße eine alte Granate mit Pulver und brachte sie dann zur Explosion. Es ist niemand zu Schaden gekommen.

Schwurgericht.

Mord.

In der Sitzung am 29. September unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektor Krüger wurden als Geschworene ausgelost die Herren Berginspektor Wilh. Götz (Plötz), Ingenieur Christian Beutin (Halle), Obersekretär Theodor Borchert (Halle), Maurermeister G. Wieland (Halle), Oberbuchhalter Leo Gründling (Halle), Zollassistent Otto Feistkorn (Halle), Gärtnereibesitzer Gustav Radeck (Burg-Aue), Eisenbahnobersekretär Wilh. Gillert (Halle), Ingenieur Rudolf Brockstedt (Halle), Kaufmann Karl v. Wissel (Halle), Magistratssekretär Max Müller (Halle), Professor Heinrich Jordan (Halle) und als Ersatzgeschworener Steuersekretär Kurt Allstädt (Halle). Die Anklagebehörde vertrat Herr Staatsanwalt Weiß, die Verteidigung des Angeklagten hatte Herr Rechtsanwalt John.

Angeklagt ist der Schmied Albert Böhm, geboren 1891 in Halle. Ihm wird zur Last gelegt, am 14. November 1918, abends, die Ehefrau Ida Trensch ermordet zu haben. Der Angeklagte hat bei den Ulanen in Zabern gedient und ist auch von Ende Dezember 1916 bis Ende Januar 1919 beim Militär gewesen. Im Jahre 1913 hat er die Tr. kennen gelernt, will aber nicht gewußt haben, daß sie verheiratet war, auch hat sie damals tatsächlich nicht mit ihrem Manne zusammengelebt, der schwer krank daniedergelegen hat; 1915 ist der Angeklagte dann ganz zur Tr. gezogen, sie haben nach seiner Angabe wie Mann und Frau zusammen gelebt.

Da beide arbeitsam und sparsam waren, so hatte die Tr. für den Angeklagten im Laufe der Zeit gegen 500 Mark zurücklegen können. Sie vertrugen sich auch sehr gut, bis die zu Eifersucht neigende Frau erfuhr, daß ihr Geliebter, der Ende 1916 zum Heeresdienst eingezogen war, aber als Reklamierter in Schlesien beschäftigt wurde, dort zu einer Polin in nähere Beziehungen getreten war. Sie machte ihm nun Vorhaltungen und verlangte Abbruch der Beziehungen, die der Angeklagte aber nicht glaubte lösen zu können, weil die Polin ihm inzwischen mitgeteilt hatte, daß ihr Verhältnis nicht ohne Folgen geblieben sei und er sich deshalb verpflichtet fühlte, die Polin zu heiraten, wie diese das auch verlangte. Im November 1918 kam Böhm nun ins Lazarett in den Volkspark, wo die Tr. ihn auch besuchte und ihn wieder zu bestimmen unternahm, daß er mit der Polin brach. Am 14. November, dem Tage, an dem die Tr. den Tod fand, waren beide wieder zusammen getroffen und hatten sich nach der Burgstraße gewandt, weil B. um 6 Uhr wieder im Lazarett sein mußte. Die Tr. soll ihm nun aufgefordert haben, noch einen Spaziergang mit ihr zu machen und so gingen sie zusammen der Peißnitz zu. Einige Schritte unterhalb der Peißnitzbrücke, an der Abfahrtstelle der Dampfer, hat nun die Trensch den Tod gefunden, doch wurde ihre Leiche erst am 12. Dezember aufgefunden; wie der Angeklagte angab, hat die Tr. ihn auf diesem, ihrem letzten Wege, wieder bestürmt, von der Polin abzulassen und nach erfolgter Scheidung sie selbst zu heiraten. Der Angeklagte erzählte weiter, sie seien nun zur Peißnitzbrücke gegangen, wo die Tr. erklärt habe, sie müsse mal austreten und sie sei dann die Treppe am Anfang der Peißnitzbrücke hinabgegangen, habe hier auch ihre Handtasche hingestellt, während er mit einem Trupp Soldaten, die über die Peißnitzbrücke gekommen seien, etwa 50 Meter weit gegangen wäre. Da die Tr. nicht folgte, so sei er wieder umgekehrt und habe dann ein Röcheln gehört und einen weißen Kragen auf dem Wasser gesehen. Darauf sei er ins Wasser gegangen und etwa 10 Meter weit geschwommen, habe aber nicht weiter können, weil er seine Kleider und Stiefel angehabt habe, die sich voll Wasser gesogen und ihm am Schwimmen gehindert hätten; er habe auch zwei Leute am Ufer bemerkt und geglaubt, die eine Person könne die vielleicht gerettete Tr. sein. Der Angeklagte hat früher teilweise andere Angaben gemacht und verwickelt sich auch jetzt in Widersprüche. Auffallend ist vor allem auch, daß er keinen Hilferuf gehört haben will, während mehrere Zeugen, die des Weges kamen, bekundeten, daß sie etwa 10 Minuten lang ununterbrochen gräßliche Notschreie gehört hätten und daraufhin herbeigeeilt seien. Man hatte ein Geräusch gehört, wie das Aufschlagen eines schweren Körpers aufs Wasser, auch weiteres Schreien und Plätschern im Wasser. Die Zeugen haben aber nicht gesehen, daß der Angeklagte sich um Rettung bemüht hätte, er habe vielmehr mit den Händen in der Tasche ruhig unter der Brücke gestanden. Daß die Tr. Selbstmord begangen haben könnte, halten deren Geschwister für ganz ausgeschlossen, da sie sehr am Leben gehangen und auch sehr an der kränklichen, inzwischen verstorbenen Mutter. Es liegt die Annahme nahe, daß die Tr. von der Brücke aus ins Wasser geworfen worden ist, wenn hierfür auch kein Beweis vorliegt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach Totschlag, jedoch ohne Ueberlegung, und versagten dem Angeklagten auch mildernde Umstände, worauf das Gericht ihn wegen Totschlags antragsgemäß zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilte. Diese Strafe nahm der Verurteilte an. Die Verhandlung fand am zweiten Tage abends 11 Uhr ihr Ende.

Provinzial-Nachrichten.

:—: **Weißenfels,** 1. Oktober. (Den Brennspiritus konnte er nicht vertragen.) Ein Fremder, der in der hiesigen Herberge eingekehrt war und anscheinend schwer des Alkohols entbehrte, trank am Donnerstag in Ermangelung eines anderen Ersatzes eine halbe Seltersflasche Brennspiritus aus. An der dadurch hervorgerufenen Verbrennung innerer Körperteile starb er bald darauf.

(!) **Lauchstädt,** 1. Oktober. (Den Obstpächter in der Obstbude eingesperrt.) Ein hiesiger Einwohner, der in der Nähe Merseburg Obst gepachtet hat, ist von Spitzbuben arg geschädigt worden. Diese verrammelten die Wächter- und Obstbude und luden das gepflückte Obst im Werte von 700—800 Mk. auf einen mitgebrachten Wagen und verschwanden damit.

? **Bitterfeld,** 1. Oktober. (Den Freund verdächtigt.) **Ein in einem hiesigen Hotel abgestiegener Gast bezichtigte den sich in seiner Begleitung befindlichen Freund des Diebstahls von** 18 000 Mk. Beim Nachsuchen wurde das Geld schließlich im Zimmer des Bestohlenen unter den Teppich wiedergefunden.

;; **Jena,** 1. Oktober. (Angst vor der Gegenrevolution.) Die Unabhängigen glaubten einige Gewehrlager entdeckt zu haben; bei genauer Prüfung entpuppten sich die Gewehre aber als die alten Schußwaffen des Krieger- und Militärvereins.

— **Harzburg,** 1. Oktober. (Die Badesaison) hat ihr Ende erreicht. Die Befürchtungen, die man im Frühjahr für das Gelingen der bevorstehenden Badezeit hegte, sind nicht nur nicht eingetroffen, sondern geradezu in das Gegenteil umgeschlagen. Harzburg hat eine Saison gehabt wie selten in der Friedenszeit. Die Pensionssätze schwankten zwischen 15 bis 35 Mk. für Kopf und Tag. Die Badekasse weist einen günstigen Abschluß auf; die Einnahmen betrugen mehr als das Doppelte gegen das Vorjahr, während die Ausgaben unwesentlich höher sind.

() **Osterburg** (Altmark), 1. Oktober. (Zur Elektrizitätsversorgung.) Der Kreistag hat die schnelle Elektrisierung des Kreises beschlossen. Eine Kommission prüft mit dem Kreisausschuß die Kostenanschläge und die abzuschließenden Verträge und hat Vollmacht erhalten, namens des Kreistages bindende Beschlüsse über Inangriffnahme des Baues zu fassen. Dieser Arbeitsgemeinschaft ist ein Kredit von 2 000 000 Mark gewährt.

— **Ostheim v. d. Rhön,** 1. Oktober. (Ein schreckliches Unglück) ereignete sich auf dem nahen Hainhof. In der Mittagsstunde wollte der dort beschäftigte 18 jährige landwirtschaftliche Gehilfe die Dampfdreschmaschine schmieren. Unglücklicherweise setzte er dabei die Maschine in Betrieb, wurde vom Riemen erfaßt und mehrere Male mit herumgeschleudert, so daß er schrecklich zugerichtet sein junges Leben einbüßte.

× **Bautzen,** 30. Sept. (Im Scherz erschossen.) Der 21 Jahre alte Arbeiter Ernst Pohl forderte in Schluckenau junge Mädchen auf, mit ihm zu Tanze zu gehen, was diese jedoch ablehnten. Er zog einen Revolver aus der Tasche, legte auf die am Tische lehnende Anna Lauermann an und erklärte im Scherz, alle erschießen zu wollen, wenn sie nicht mitgingen. Als ihn ein Mädchen vor solchen Scherzen warnte, erklärte er, die Waffe sei nicht geladen. Da ging aber auch schon ein Schuß los. Tödlich in den Kopf getroffen stürzte die Lauermann zusammen. Der Täter ist seitdem verschwunden.

!! **Halberstadt,** 1. Oktober. (Kohlenlieferung für Heimkehrer.) Für heimkehrende Kriegsgefangene ist jetzt in der Kohlenbelieferung insofern eine Erleichterung geschaffen, als ihnen, wenn sie ihren Haushalt in Halberstadt von neuem beginnen und hier keine Angehörigen zurückgelassen hatten, bei Vorstellung auf dem Kohlenamt ohne weiteres ein Zentner Kohlen zugewiesen wird, ohne daß sie zu warten brauchen, bis sie an der Reihe sind.

Deutsch-Bernitz, 30. Sept. (Doppel-Raubmord.) Sechs bewaffnete Banditen drangen in das Anwesen des Bauerngutsbesitzers Zenzarek ein, um zu rauben und zu plündern. Der Sohn Zenzareks, der sich ihnen entgegenstellte, wurde erschossen, desgleichen der 72jährige Zenzarek, von dem man Geld zu erpressen versuchte. Die Täter sind mit ihrem Raube flüchtig.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung"

Pferdesport.

Rennen zu Hamburg-Großborstel.

(Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung.)

I. Ermunterungs-Jagdrennen. 11 000 Mk. Für Dreijährige. 3200 Meter. 1. Quertreiber, 2. Corsar, 3. Bummler. Tot.: Sieg 45, Platz 19, 26 : 10. 6 liefen.

II. Kramerkamp-Hürdenrennen. 8000 Mk. Für Vier-, Fünf- und Sechsjährige. 3300 Meter. Exzelsior ging allein über die Bahn.

III. Wohldorfer-Ausgleich. Ehrenpreis und 9500 Mk. Jagdrennen. Herrenreiten. 4500 Meter. 1. Arkansas, 2. Orestes, 3. Tivoli. Tot.: Sieg 59, Platz 21, 16 : 10. 5 liefen.

IV. Sternschanze-Jagdrennen. 15 000 Mk. Für Dreijährige. 3200 Meter. 1. Gletscher, 2. Lafette, 3. Fleißige Arbeit. Tot.: Sieg 23, Platz 14, 16 : 10. 4 liefen.

V. Preis von Ochsenzoll. 6000 Mk. Jagdrennen. Ausgleich. 4000 Meter. 1. Fayence, 2. Courier, 3. Bennewar. Tot.: Sieg 75, Platz 21, 15 : 10. 5 liefen.

VI. Eimsbüttler Hürdenrennen. 11 000 Mk. Für Drei- und Vierjährige. 3300 Meter. 1. Neulüß, 2. Pasewalk, 3. Cyganka. Tot.: Sieg 17, Platz 13, 34, 16 : 10. 8 liefen.

VII. Hartshaider-Rennen. Ehrenpreis u. 8000 Mk. Herrenreiten. 3350 Meter. 1. Cagliari, 2. Osterglocke, 3. Sonntagsmädel. Tot.: Sieg 14, Platz 12, 13 : 10. 4 liefen.

Rudersport.

Um den Stadtachter.

Das am Sonntag gefahrene Stadtachterrennen auf der Saale wird noch ein Nachspiel am grünen Tisch haben. Wie bereits bekannt sein dürfte, hat der Ruderverein Böllberg Protest gegen die Wertung des Rennens eingelegt und ein nochmaliges Ausfahren beantragt. Die Berufung stützt sich hauptsächlich auf folgende Punkte. Nach § 38 der Wettfahrtbestimmungen d. Allg. dtsch. Ruderverb. muß das Rennen ein Schiedsrichterboot begleiten, welches bei dem Stadtachterrennen wohl vorhanden war, sich aber am Ziel anstatt am Start befand. Außerdem hatten sich sämtliche Teilnehmer verpflichtet, in dem ihnen zugewiesenen Fahrwasser zu bleiben, was von der H. R. G. nicht eingehalten sei. Einige nebensächlichere Begründungen vervollkommnen dann noch den Protest.

Nach dem Tatbestand ist wohl mit einer Anerkennung der Berufung zu rechnen, dagegen ist es höchst unwahrscheinlich, daß das Rennen noch einmal gefahren werden wird, da ein Teil der Mannschaften schon aus dem Training genommen ist.

Verschiedenes.

Hallisches Tennis-Turnier.

Frl. Eysold Meisterin, Herr Sulima Meister von Halle.

Als am Sonntag abend unsere stattliche Tennisgemeinde den Platz verließ und der letzte Ball dieses Turniers geschlagen war, fiel auch der erste Tropfen. Solange hatte uns Petrus schönes Wetter gegönnt, wenn auch die Kälte den Schiedsrichtern nicht recht zu Passe kam. Ihren Zweck hat die Veranstaltung voll und ganz erfüllt. Die für Halle eigentlich noch kleine Tennisgemeinschaft hatte sich einmal zusammengefunden, sich gegenseitig kennen und den schönen Sport schätzen gelernt.

Schwere Kämpfe gab es, ehe sich Sulima aus der großen Zahl zum halleschen Meister durchrang. Er hatte auch in Mausbake, Läsker, Pichner und Bleichröder durchaus gleichwertige Gegner, die ihm den Sieg nicht so ohne weiteres überließen. Besonders ist noch Bleichröder zu erwähnen, der durch schwere Kriegsverletzungen an dem Entfalten seines Könnens gehindert war. Vornehmlich im Doppelspiel zeigte er mit seinem Partner Klusemann ein großes Können. Aber an

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191002016/fragment/page=0003

dem vorzüglich eingespielten Paar Frank-Sulima scheiterten auch sie. Besondere Erwähnung verdient noch das Paar Maushake-Pichner, die durch ihr faires, man könnte bald sagen zu gutmütiges Spiel, das nie auf Gewinn ging, auffielen. Letzterer war vor allem recht sicher am Netz. Er gewann auch mit Fräulein Nehmitz zusammen das offene gemischte Doppelspiel. Im Einzelspiel hatten aber beide Partner keinen großen Erfolg. Beide gingen gegen die Gebrüder Läsker ein, die, obwohl sie noch keine große Turniererfahrung besaßen, doch ein recht versprechendes Spiel zeigten. Um die akademische Meisterschaft hatten sie auch recht gute Erfolge zu verzeichnen. Der erste und zweite Preis fiel ihnen zu. In der Meisterschaft um Halle fanden sie allerdings bald einen Bezwinger. Sulima, dem Meister von Halle, erst 21 Jahre alt, fehlt eigentlich noch viel, um seine Spielweise sympathisch erscheinen zu lassen, trotzdem er „Klasse" ist. Lange Treibbälle kann er nicht, fast alles Defensive, wenn er auch seine geschnittenen Bälle bis fast an die Grundlinie drücken kann. Auch die Doppelmeisterschaft ließ er sich nicht entgehen, die er im Bunde mit Frank, der einen guten Tag hatte — besonders am Netz —, errang. Weniger erfolgreich war er im gemischten Doppelspiel, wo er sich schließlich doch dem Paare Pichner-Nehmitz beugen mußte. Ausschlaggebend waren hier die Damen. Frl. Nehmitz war besser als Frl. Rudolphi und das war für den Sieg bestimmend. Dreyer und Siemens waren nicht recht in Form, dasselbe kann man auch von Jacobi behaupten, wenn er auch im Doppelspiel recht eifrig spielte, was von Rabe auch anerkannt werden muß. — Nun die Damen. An Stärke reichten sie natürlich nicht an die Herrenklasse heran, aber trotzdem war das Spiel Frl. Eysoldt gegen Frl. Schwarz recht interessant. Beide Damen waren wohl die besten Kräfte ihrer Gattung. Die anderen weiblichen Teilnehmer kämpften wacker um jeden Ball, bis im Einzelspiel mit Vorgabe Frau Mosler den ersten Preis holte. Frau Peters, Frl. Rudolphi, Leppin und Nehmitz teilten sich in die zweiten und dritten Preise. Zum Schluß noch ein Wort über die gemischten Doppelspiele mit Vorgabe. Hier glänzte vor allem Sack, der Altmeister von Halle, durch seine Schmetterbälle.

Alles in allem verlief die Veranstaltung recht angenehm. Die Tennisplätze schließen damit ihre Pforten zu dem Winterschlaf, und wie wir heute mit Recht sagen können: Ende gut, alles gut, so wollen wir auch einen guten Anfang im Frühjahr erhoffen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Der Verein der Deutschen Kaliinteressenten E. V. zu Berlin

hat an den Ausschuß der Nationalversammlung zur Vorbereitung des Gesetzes über das Reichsnotopfer eine Eingabe gerichtet, in der er der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß zwar zur Wiederherbeiführung einer geordneten Finanzwirtschaft große Opfer gebracht werden müssen, aber den Standpunkt vertritt, daß der Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer in der vorliegenden Form verfehlt ist, weil einerseits die durch das Reichsnotopfer eintretende Konfiskation werbend arbeitender Betriebskapitalien der Industrie einen erheblichen Teil ihres zum Wiederaufbau Deutschlands unentbehrlichen Rüstzeuges nimmt, andererseits die Gefahr besteht, daß die Entente den Ertrag der Vermögensabgabe mit Beschlag belegt. Der Verein schlägt daher vor, den dringenden Geldbedarf des Reichs auf dem Wege einer Zwangsanleihe aufzubringen, die nach dem Vermögen eines jeden Einzelnen abgestuft ist und vor dem Reichsnotopfer den Vorzug hat, ihren Uebernehmern die Möglichkeit zu wahren, künftig wieder zu ihrem Kapital zu kommen und der Industrie ein Kreditinstrument zu belassen, daß sie wirtschaftlich nutzbar machen kann.

Dieser Standpunkt deckt sich mit dem des Deutschen Industrie- und Handelstages, den von Geheimrat Hugenberg kürzlich gemachten Ausführungen, dem Inhalte des offenen Schreibens, das Herr Emil Sauer vor einiger Zeit an Erzberger gerichtet hat, sowie der Ansicht des früheren badischen Finanzministers Rheinbold in seiner soeben erschienenen Broschüre.

Ungeachtet seiner grundsätzlichen Stellungnahme gegen das Reichsnotopfer macht der Verein aber auch eine Reihe beachtenswerter Abänderungsvorschläge zu dem Gesetzentwurf, soweit er sich auf die von ihm vertretenen Gesellschaften und Gewerkschaften erstreckt. In erster Linie weist er darauf hin, daß die Absicht des Gesetzgebers, die Gesellschaften mit dem niedrigsten Abgabesatze, nämlich 10 Prozent, zu belegen, von einer falschen Voraussetzung ausgeht, weil im Gegensatz zum Wehrbeitragsgesetze bei der Errechnung des abgabepflichtigen Reinvermögens die nach den handelsrechtlichen Vorschriften und kaufmännischer Uebung aufgestellten Bilanzen nicht ohne weiteres zugrunde gelegt werden dürfen, sondern eine von allen kaufmännischen Gepflogenheiten abweichende neue Bewertung auf der Grundlage des Veräußerungswertes der Unternehmungen vorgenommen werden muß, und dadurch die Gesellschafter in Wirklichkeit in erheblich höherem Maße belastet werden, als es nach den Bestimmungen des Gesetzes den Anschein hat. Insbesondere tritt der Verein dafür ein, daß die stillen Reserven, ebenso wie beim Wehrbeitragsgesetz, von der Abgabe verschont bleiben, weil es der Industrie durch sie allein ermöglicht wird, sich wieder auf die Friedensarbeit einzustellen und die erheblich gesteigerten Ansprüche der Arbeiter und Angestellten zu befriedigen. Die durch die Besteuerung der Gesellschaften eintretende Doppelbesteuerung werde um so größer, da auch bei den Schachtelgesellschaften Ermäßigungen, wie sie in den Kriegssteuergesetzen vorgesehen waren, nicht Platz greifen. Des weiteren wird vorgeschlagen, in dem Gesetze klar zum Ausdruck zu bringen, daß der bereits von anderen Steuern erfaßte Gewinn der Bilanzen des laufenden Geschäftsjahres abgabefrei bleiben und die Steuerfreiheit sich auf sämtliche Rücklagen für Wohlfahrtszwecke erstrecken müsse. Mit besonderem Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß die Berggewerkschaften nach dem Entwurfe wesentlich schlechter gestellt sind als die Aktiengesellschaften, weil bei letzteren das gesamte Aktienkapital, bei ersteren aber nur ein Betrag abzugsfähig ist, der aus dem Erwerbspreise und den Anlagekosten des Bergwerks zu berechnen sei. Nach einer in der Deutschen Bergwerkszeitung aufgemachten Berechnung könne bei dieser Regelung der Fall eintreten, daß eine Berggesellschaft bei gleichen finanziellen Verhältnissen den vierfachen Steuerbetrag wie eine Aktiengesellschaft zu zahlen habe. Endlich wird dafür eingetreten, daß sich die nach § 48 vorgesehene Ermäßigung der Steuer bei Verlusten usw. auch auf die Erwerbsgesellschaften erstrecken müsse.

Deutsche Anleiheverhandlungen in Argentinien.

Die „Times" erfahren aus Buenos Aires Einzelheiten über die Versuche der deutschen Regierung, in Argentinien eine zweijährige Anleihe von 1000 Millionen Golddollar aufzunehmen, die zur Bezahlung der für Deutschland gekauften Nahrungsmittel verwendet werden soll. Es wurde die Gründung einer örtlichen Gesellschaft mit einem Stammkapital von 10 Millionen Dollar zur Finanzierung der Rechnungen vorgeschlagen. Weiter wird mit der Banco de la Nacion über die Verlängerung der Anleihefrist von sechs Monaten auf zwei Jahre verhandelt. Die Wechsel über diese Anleihe sind von der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Disconto-Gesellschaft gewährleistet. Die deutsche Regierung wird weiter bei verschiedenen Banken, die die argentinische Regierung selbst anweisen soll, Hinterlegungen im Namen Argentiniens machen, die auf den gleichen Betrag wie die jetzt im Umlauf befindlichen Wechsel lauten und außerdem einen Ueberschuß zur Deckung des Valutaunterschiedes lassen. Der argentinische Außenminister erklärte, dieser Angelegenheit seine volle Aufmerksamkeit widmen zu wollen und meinte, daß die Antwort höchstwahrscheinlich sofort gegeben würde, nachdem eine Entscheidung über die alliierte Anleihe von 200 Millionen Golddollar getroffen worden sei.

Zur Frage der staatlichen Elektrizitätswirtschaft.

Die Vereinigung der Elektrizitätswerke legte in ihrer Hauptversammlung am 23. v. M. in Nürnberg in einstimmigem Beschluß ihre Stellungnahme zur Frage der staatlichen Elektrizitätswirtschaft in nachstehenden Richtlinien nieder:

1. Eine Fiskalisierung der Elektrizitätswirtschaft durch das Reich, wie sie der Entwurf vorsieht, wird allerseits abgelehnt; denn man erwartet hieraus eine vollkommene Zentralisierung unter rein bureaukratischer Verwaltung, die für die ungehinderte Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft nur verhängnisvoll sein kann.

2. Eine weiter als unbedingt notwendig getriebene Zentralisierung ist weder technisch zweckmäßig noch erwünscht. Alle Vorteile des Zusammenschlusses der Elektrizitätserzeugung lassen sich auch in kleineren Wirtschaftsbezirken, etwa von der Größe einer Provinz, erreichen. In diesen einzelnen Wirtschaftsgebieten sollte die Elektrizitätsversorgung sich möglichst ungehindert entwickeln dürfen.

3. Um die grundsätzliche Einheitlichkeit der Elektrizitätswirtschaft zu gewährleisten, empfiehlt sich die Gründung einer Zentralstelle, von der die allgemeinen Direktiven für die Elektrizitätsversorgung des ganzen Reiches auszugehen hätten.

4. Es ist anzustreben, daß in möglichst weitem Umfange die industriellen Betriebe Deutschlands an öffentliche Elektrizitätswerke angeschlossen werden. Ein gesetzlicher Zwang in diesem Sinne soll indessen keinesfalls ausgeübt werden, denn die freie Entwicklung besonders der großindustriellen Betriebe enthält der schärfsten Ansporn und die Erprobungsmöglichkeit für technische Fortschritte. Der Vergleich mit kräftiger Eigenerzeugung ist der beste technische und wirtschaftliche Anreiz für die öffentlichen Elektrizitätswerke, auch in ihren Einrichtungen und Erzeugungsverfahren den Fortschritten der Technik zu folgen.

5. Die Elektrizitätswirtschaft für sich genommen darf nicht als besondere Einnahmequelle für das Reich ausgestaltet werden. Wenn letzteres weiterer Einnahmen aus der Energiewirtschaft bedarf, so kann dies nur durch eine Erhöhung der Kohlensteuer und durch Ausdehnung des Grundsatzes der Quellenbesteuerung auf die übrigen Energieformen geschehen. Jede Belastung, die nicht allgemein die Energiequelle, sondern bestimmte Formen der Energie trifft, müßte eine fortschrittswidrige Verschiebung innerhalb der Energiewirtschaft zur Folge haben. Insbesondere müßte jede finanzielle Ausbeutung der Elektrizität an Stelle steigender Verwendung elektrischer Energie wieder die Anwendung mechanischer Uebertragung begünstigen und dadurch zu energiewirtschaftlichem und sozialem Rückschritt führen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 1. Oktober. Der Börsenverkehr setzte auch heute in fester Grundtendenz ein. Erhebliche Steigerungen erfuhren auf die neuerliche Verschlechterung der Markvaluta ausländische Werte, von denen Kanada sich um 11, Steaua Romana um 16 Prozent besserten. Auch italienische Bahnen waren zu höheren Kursen begehrt. Im übrigen gestaltete sich die Kursbewegung nicht gleichmäßig. Es überwogen jedoch die Erhöhungen; allerdings hielten sich diese meist in bescheidenen Grenzen. Erheblich höher stellten sich Deutsch-Ueberseeische Elektrische und Adlerwerke, und ferner Deutsch-Luxemburger, letztere auf eine Meldung über den Verkauf der Differdinger Werke für 130 Millionen Franken an eine französische Gruppe. Kolonialpapiere gewannen bei mäßig belebtem Geschäft infolge Steigerungen. Im späteren Verlaufe wurde die Haltung unsicher. Namentlich Montanwerte neigten zur Abschwächung. Phönix verlor von einer anfänglichen Besserung von 6 Prozent etwa 3 Prozent. Daimler konnte die anfängliche Besserung von 6½ Prozent nicht voll aufrechterhalten. Der Anlagemarkt war wenig verändert. Oesterreichische und ungarische Werte blieben geschäftslos.

Devisenkurse.

Berlin, 1. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	899,00	901,00	839,00	811,00
Dänemark	100 Kr.	519,25	520,75	483 25	484,75
Schweden	100 Kr.	596,75	598,25	554 25	555,75
Norwegen	100 Kr.	554 25	5 5,75	519 25	52 ,75
Schweiz	100 Fr.	439 50	440 50	409,50	41 ,50
Wien, altes		30,95	31,05	30,95	31,05
Oesterreich, abgest.		32 45	32 55	32,45	32,55
Prag		79 65	79,85	78,15	78,35
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 454,50 Brief 455,50 für 100 Pesetas

Helsingfors 112,25 112,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 1. Oktober. Am Produktenmarkt hielt die Festigkeit infolge des knappen Angebots für Hafer an. Lokomaterial und rollende Ware bleiben gesucht. Aber auch für spätere Lieferung von November bis Januar zeigt sich lebhafte Nachfrage zu gleichen Preisen wie für nahe Abladung geboten werden. Die Erbsenpreise waren bei dringendem Begehr hoch gehalten. Doch verlautet, daß aus Holland mehr rentierende Offerten vorlagen. Für Serradella hält sich anscheinend die Verkaufslust. Heu und Stroh erzielten etwas höhere Preise.

Berlin, 1. Oktober. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko 1240—1280 Mk. ab Speicher frei Wagen. Tendenz fest.

Deutscher Sparkassen-Verband. Der Vorstand des Deutschen Sparkassen-Verbandes hat sich in einer Eingabe an die Nationalversammlung gegen eine Reihe einschneidender Bestimmungen des Entwurfs der Reichsabgabeordnung gewandt, und darin die insbesondere schweren Bedenken gegen die Einführung der Auskunftspflicht der Sparkassen, gegen die Verpflichtung zur Prüfung der Legitimation und zur Einreichung von Listen über die Sparer vorgebracht und begründet.

Sächsische Kleinwohnungs-Pfandbrief-A.-G. Bei der sächsischen Regierung schweben Erwägungen über die Errichtung einer sächsischen Kleinwohnungs-Pfandbrief-A.-G. Eine Entscheidung ist bisher noch nicht getroffen worden.

Jenaer Elektrizitätswerke Akt.-Ges. Die Gesellschaft verteilte aus dem 144 193 Mark (i. V. 148 525 Mk.) betragenden Reingewinn eine Dividende von 4½ Proz. (i. V. 5).

Deutsche Mineralölindustrie A.-G. in Wietze (Kreis Celle). Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 25 Prozent fest und genehmigte gegen 954 Stimmen der Deutschen Petroleum-Akt.-Ges. die Anträge der Verwaltung auf Abänderung des Zweckes der Gesellschaft sowie auf erneute Beschlußfassung wegen der Uebertragung des Rohölgewinnungsbetriebes der Gesellschaft an die Deutsche Erdöl-Akt.-Ges. gegen Aushändigung von Regiser Kohlenkuxen und Ramsdorfer Braunkohlen-Aktien. Hiergegen legte der Vertreter der Deutschen Petroleumgesellschaft Protest ein. Nach einer Erklärung des Vertreters der Deutschen Erdölgesellschaft ist diese bereit, der Minderheit die Aktien der Deutschen Mineralölgesellschaft auf Wunsch mit 250 Prozent in bar abzunehmen.

Aus der Tabakindustrie. Sämtliche süddeutsche Schweizer-Stumpen-Fabrikanten gründeten im Rahmen des süddeutschen Fabrikantenverbandes als Untergruppe einen eigenen Verband. — Mit dem Sitz in Berlin wurde der Verein kleiner Zigarettenfabikanten, Tabakschneidereien und Hülsenfabrikanten Deutschlands gegründet.

Preiserhöhung für Riemenleder. Der Deutsche Verband der Riemenleder-Fabrikanten setzte folgende Verkaufspreise für die Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1919 fest: Für Riemen-Kernstücke, kurz geschnitten 75 Mark, für desgl. lang geschnitten 70 Mark und für Schulterstücke 63 Mark je Kilogramm.

Bergschloß-Aktien-Brauerei „Magdeburg" zu Neuhaldensleben. In der Bilanzsitzung wurde beschlossen, der zum 23. Oktober einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung von wieder 4½ Prozent Dividende für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr vorzuschlagen.

Engelhardt-Brauerei Akt.-Ges. Der preußische Handelsminister hat nunmehr die staatlich erforderliche Genehmigung zur Erhöhung des Gesellschaftskapitals auf 6 Mill. Mk. erteilt. Von den neu ausgegebenen 2 Mill. Mk. dienen 1 100 000 Mark zur Durchführung der Fusion mit der Hallischen Aktien-Bierbrauerei sowie zum Erwerb des gesamten Aktienkapitals der Wilhelm-Rauchfuß-Brauereien Halle und Giebichenstein. Die restlichen 900 000 Mark junge Aktien werden zum Zwecke der Verstärkung der Betriebsmittel gegen Barzahlung ausgegeben und den alten Aktionären im Verhältnis von 5 : 1 zum Kurse von 155 Prozent angeboten werden.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 29. September. Weizen: Sept. —, Okt. —, Dez. —, Mai —. Mais: Sept. 143, Okt. —, Dez. 124⅞, Mai 122½. Schmalz: Sept. 27,10, Okt. 26,85, Dez. —, Jan. 22,60. Pork: Sept 41,50, Okt. 35,30, Dez. —, Jan. 34,25. Rippen: Sept. 19 00, Okt. 18,20, Dez. —, Jan. 18,50. Hafer: Sept. 68½, Okt. —, Dez. 70.

Newyork, 29. September. Winterweizen: 237½, Sommerweizen 2?7½. Mais: —. Mehl: 9,00—10,00. Schmalz: 29,50. Zucker: —. Kaffee: 15.

Berliner Börse

vom 1. Oktober 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½ / Dtsch.Schätzsch VI—IX	77,50
5% Dtsch. Reichsanl.	77,00
4% " "	72,36
3½% " "	66,60
3% " "	65,10
4% Preuß. Konsols.	72,80
3½% " "	65,40
3% " "	62,20
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	93,90
4% Sächs.Neulandsch Pfdbf.	—
4% Preuß. Centr.Bod. Pfdbf.	100,00
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbf. 1911	—
4½% Dess.Gas Oblig	—
4% DessauerGas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	33,00
4% Ungar. Goldrente	54,75
4% Ungar. Kronenrente	33,25
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	—
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	151,00
Allg. Lokal-Str.	125,00
Gr. Berl. Str.	121,25
Magdeburger Str.-B.	130,00
Prinz-Heinrich-B.	375,00
Orientbahn	294,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	118,00
Hambg. Südamerika	213,00
Hansa-Dampfschiff.	275,00
Nordd. Lloyd.	121,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	155,00
Berl. Handelsges.	160,50
Commerz-Diskontobank	138,50
Darmstädter Bank	117,50
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	237,00
Diskonto-Comm.	172,00
Dresdner Bank	144,75
Leipzig Credit-Anst.	142,00
Mitteld. Kreditbank	122,00
Mitteld. Privatbank	121,50
Nationalbank	116,50
Oesterr. Kredit	100,50
Reichsbank	150,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	270,00
Akt. f. Anilin	305,00
Allgem. Elektr. Ges.	212,50
Ammendorfer Papierfbk.	—
Anhalter Kohlenw.	210,00
Annaberger Steingut	200,00
Badische Anilin	418,50
Bergmann Elekt. Akt.	168,50
Berl. Masch.-Bau	211,00
Bismarckhütte	235,00
Bochumer Gußstahl	190,00
Chem.-Fabr. Buckau	132,75

Chem. Griesheim	239,50
Chem. Heyden	270,00
Consolidation Schalk	292,25
Gröllwitzer Papierfbk	204,00
Daimler Motoren	226,00
Deutsche Luxemburg	158,75
Deutsche Uebersee Elektr.	321,00
Deutsche Erdöl	378,00
Deutsche Gasglühl.	480,00
Deutsche Kali	217,25
Deutsche Waffen u. Mun.	224,00
Donnersmarkhütte	229,75
Döring & Lehrmann	130,00
Dürkoppwerke	345,00
Elberfelder Farbf.	367,00
Felten & Guilleaume	—
Gasmotoren Deutz	150,00
Gebhard & Co	—
Gebhard & König	150,00
Gelsenkirchen Berg	179,36
Glauziger-Zuckerfbk.	279,75
Hallesche Maschfbk.	—
Hann. Masch.	370,00
Harpener Berg	189,50
Hasper Eisen	172,00
Hirsch Kupfer	242,50
Höchster Farbw.	349,50
Hoesch Eisen u. Stahl	212,50
Hohenlohe-Werke	114,84
Humboldt Masch.	160,00
Ilse Bergbau	370,00
Kahla Porzellan	—
Kaliw. Aschersleben	200,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	169,50
Lahmeyer & Co.	120,50
Lauchhammer	187,00
Laurahütte	180,00
Linke & Hofmann	330,00
Ludwig Loewe & Co.	—
Lothringer Hütte	165,00
Mannesmannröhren	202,50
Masch.-Fabr. Buckau	153,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	141,75
do. Caro Hag.	161,00
do. Kokswerke	223,75
Orenstein & Koppel	191,50
Phönix Berg	193,00
Rhein. Metall-Vorz.	199,00
Rhein. Stahlwaren	165,00
Riebeck. Montan	228,00
Rombacher Hütten	158,00
Rositzer Braunk.	158,75
Rositzer Zucker	173,75
Sangerhauser Masch.	272,00
Hugo Schneider A.-G.	195,00
Schuckert & Co.	141,50
Siemens & Halske	190,00
Stettiner Cham.	215,00
Stettiner Vulkan	178,75
Stollberger Zink	171,00
Strals. Spielkarten	257,50
Thale-Eisenhütte	269,75
Triptis Porzellan	192,00
Türk. Tabakregie	576,00
Ver. Köln-Rottweiler	207,25
Ver. Glanzstoff	621,00
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	289,50
Wittener Gußstahl	226,00
Wrede Mälzerei	129,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	425,00
Zellstoff Waldhof	203,00
Otavi-Minen	267,50

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mielchner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191002016/fragment/page=0004